

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 20 Pf.
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postgeschäftsstelle Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzelle oder deren Raum im Ankündigungs-
teil 2 M., die 66 mm breite Grundzelle oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unterliegen 5 M. — Erhöhung auf Geschäftsanzeigen.

Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Seitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Beziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturretenbank, Jahresbericht und Rechnungsbuchhaltung
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplatten auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und preußischen Vertretung für den schlesischen Teil): Regierungsrat Voeges in Dresden.

Nr. 216

Freitag, 16. September

1921

Gegen das Überstundenwesen.

(N.) Im Arbeitsministerium stand eine Konferenz, die sich mit den die Arbeitslosigkeit hundert vergrößernden, übermäßig zahlreichen Überstunden in der vogtländischen wie überhaupt sächsischen Industrie beschäftigte. Anwesend waren unter Vorsitz des Arbeitsministers Jädel die Beamten der in Frage kommenden Gewerbeaufsichtsstellen, sowie Vertreter der drei Spartenverbände der sächsischen Gewerbeaufsichtsstellen und Vertreter des Textilarbeiterverbandes. Die beteiligten Arbeitnehmervertreter führten lebhafte Beschwerde über die dauernde Durchdringung des Überstundenwesens. Viele Unternehmen liegen bis zu 14 Stunden täglich arbeiten, obwohl gerade in Vogtlande arbeitslose Hilfskräfte in gewöhnlicher Anzahl vorhanden seien. Außerdem länder noch zahlreiche Maschinen leer, in Plauen z. B. über 2000, in dem kleinen Eisenbahn über 500, sobald Überstunden nur zur weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit beitragen. In sehr vielen Fällen halten die Unternehmer mit einem die gesetzlich vorgeschriebene Genehmigung für die Überstunden ein, ja, manche liegen trotz der Verweigerung dieser Genehmigung Überstunden machen.

Die Gewerbeaufsicht sorgte ebenso wie die Polizeibehörden im Vogtland gezwungen, gegen die das Gesetz durchsetzenden Unternehmen mit Strafzetteln vorzugehen; allein die von den Gerichten in solchen Fällen ausgesprochenen Strafen sind, wie die Beschwerdeführer erklärt, so niedrig — 20 bis 40 M. Geldstrafe seien die üblichen Sätze! —, daß sie wie eine Entmunterung der Unternehmer zu Gewerbeübertretungen wirken. Als weiterer Vogtland wurde bezeichnet, daß auch manche Betriebsräte in dieser Frage versagt hätten, weil sie Betriebsbezogenes an die Stelle von Arbeitersoldarität gesetzt und den Blick für das Allgemeininteresse der Arbeiter da und dort verloren hätten. In den kleineren Betrieben aber, wo es keine Betriebsräte gebe, seien die Arbeiter völlig schulpflichtig dem Eigentum des Unternehmers preisgegeben, dort würde auch das Gesetz gar nicht mehr beachtet.

Nach längeren Beratungen einigte sich die Konferenz dahin, daß der Arbeitsminister sofort eine Verordnung herausgeben möge, wonach häufig die Überstunden bewilligenden Behörden vor der Entscheidung die Vertreter der zuständigen Gewerbeaufsichtsorganisationen und die Arbeitsnachschreiber zu hören haben. Zu der Anweisung an die Gewerbeaufsichtsämter, die Minister Jädel noch am selben Tage heranzugeben hat, heißt es:

1. Bei Bearbeitung der Anträge auf Bewilligung von Überstunden in gewerblichen Betrieben ist neben der durch Gesetz vorgeschriebenen Mitwirkung der Betriebsvertretung des Arbeiters hinzu in allen Fällen die in Frage kommende lokale Vertretung der Betriebsorganisation der Arbeiter zulässig zu hören.

2. Die unter 1 gegebene Anweisung gilt als erfüllt, wenn die Betriebsorganisation der Arbeiter durch eine Vertretung bei der Einschließung der Betriebsvertretung des Arbeiters im einzelnen Falle unmittelbar beteiligt war und die Beteiligung durch persönliche Anwesenheit des Gewerbeaufsichtsbeamten in der Betriebsorganisation oder durch vorschriftliche Erklärung des Vertreters der Betriebsorganisation bezeugt ist.

3. Die Anerkennung der Betriebsorganisation der Arbeiter ist auf das sorgfältige zu prüfen und bei der Entscheidung möglichst zu beachten, ebenso wie die laut Verordnung vom 11. 8. 1920 — 853 B/20 — und vom 3. 3. 1921 — 160 B — nach Weisung des Reichsarbeitsministeriums herbeizuhaltenden Äußerungen der Arbeiternachweise oder Gewerkschaftsfürsorge-Ausschüsse, auf deren Mitwirkung auch bei Ausnahmewilligungen nicht zu verzichten ist, die von den Gewerbeaufsichtsämtern erlaubt werden. Überstunden sind nur in den überdringlichsten Fällen zu bewilligen oder zu genehmigen. Dem insoweit Rücksichtnahme der gesetzlichen Bestimmungen durch sehr zahlreiche Unternehmer besonders in der vogtländischen Spartenindustrie betrifft der Arbeitstag herbeigeführten ungeeigneten Zustand ist mit Schärfe entgegengutet. In allen zur Kenntnis

Die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Noch keine Antwort des Obersten Rates.

Berlin, 15. September. Nach der letzten Mitteilung des Obersten Rates vom 14. September war die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen für den 15. September 1921 ins Auge gesetzt, wenn bis zum 31. August die fällige Goldmilliarde bezahlt sei, und wenn die deutsche Regierung die Einwilligung zur Errichtung eines interalliierten Organs zur Vermeidung von Diskriminierungen bei Errichtung von Eins- und Ausfuhrgenehmigungen für das befreite Gebiet erteilt hätte. Die deutsche Regierung hat die völlige Zahlung geleistet und ihre grundähnliche Einwilligung zur Errichtung eines internationalen Organs zur Verhütung von Diskriminierungen in ihrer Note vom 26. 8. 1921 ausgesprochen. Eine Antwort ist ihr bisher darauf nicht erteilt worden. Die schweren Folgen, die das Wirtschaftsleben nicht nur des betroffenen Gebietes, sondern ganz Deutschlands durch das Zehn-Schlägen der von den Verbündeten durch ihre Ankündigung erwarteten Hoffnungen erleidet, können nicht der deutschen Regierung zur Last gelegt werden, sondern müssen von den verbündeten Regierungen verantwortet werden.

Neue deutsch-französische Verhandlungen.

Frankfurt, 15. September. Der Pariser „Intransigeant“ bestätigt die Meldung eines Berliner Blattes, wonach binnen kurzem mit einer neuen Zusammenkunft zwischen Doumer und Rathenau in Wiesbaden zu rechnen sei. Die Besprechungen sollen dem Abschluß des vierten Reparationsabkommen über die wirtschaftlichen Restitutionsleistungen für die Industrie, Viehhaltung, Kohlenlieferungen und das Eisenbahn-

material dienen, über die man sich das letzte Mal nicht zu einigen vermochte. Es sei nicht ausgeschlossen, daß das Abkommen bereits zum 1. Oktober perfekt werden könne. Dies hängt in erster Linie von der Reparationskommission ab, deren Meinung vor der endgültigen Ratifizierung gehört werden müsse.

Ein neuer Aufstand in Oberschlesien?

Breslau, 14. September. Das „Achter-Abendblatt“ bringt eine Meldung aus Katowitz, wonach Infanterie- und Regimenteckreiche vom 20. v. M., aus denen hervorgingt, daß von polnischer Seite ein neuer Aufstand vorbereitet wird. Die Befehle sind von Major Polaczki unterschrieben.

Die irische Frage.

London, 14. September. Neuer meldet aus Dublin: Die Tatsache, daß die Briten nicht zu den Bevollmächtigten des Dail Eireann bei den Verhandlungen mit der britischen Regierung gehört, hat einige Überraschung hervorgerufen, die von polnischer Seite ein neuer Aufstand vorbereitet wird. Die Befehle sind von Major Polaczki unterschrieben.

London, 14. September. Amtlich wird aus Dublin gemeldet: Der Dail Eireann hat heute die Antwort an Lloyd George und die Ernennung von fünf Delegierten einstimmig gebilligt.

London, 14. September. Wie die Blätter aus Dublin melden, haben die irischen Kuriere Lloyd George seinerseits britische Vollmacht überbracht, sondern die Ansicht des Premierministers über verschiedene Fragen eingeholt, bevor die Antwort der Sinnfeiner in ihrer endgültigen Gestalt entworfen wurde. In Belfast geht das Gerücht, daß die Freilassung aller Gefangenen Sinnfeiner zur Bedingung für die Annahme des Konferenzvorschlags gemacht würde.

der Gewerbeaufsicht kommenden Fällen von Gesetzesübertretung durch die Unternehmer ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erstatten. Der Wunsch nach energetischer und schneller Verarbeitung der Angelegenheit ist dabei zum Ausdruck zu bringen.

4. In der Südersee- und Spartenindustrie muß bei solchen Betrieben, die noch nicht alle Maschinen in Gang gesetzt haben, ein besonders strenger Maßstab angelegt werden. Hier wird eine Bewilligung von Überstunden nur ausnahmsweise und nur dann in Frage kommen, wenn nachgewiesen ist, daß besondere Umstände vorliegen, welche die Ingangsetzung weiterer Maschinen unmöglich machen. Die Umschaltung der alten Süder und die Ausbildung von Mädchen für die Südersee ist auch von der Gewerbeaufsicht zu fordern.

Bayern und Reich.

Berlin, 15. September. Die „Münchener Augsburger Abendzeitung“ will aus Berlin von, wie sie sagt, ganz zuverlässiger Seite erfahren haben, die preußische Regierung habe durch den Ministerpräsidenten Siegertwald die von der bayerischen Regierung und dem bayerischen Landtag formulierte Forderung auf Aenderung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. 8. 1920 aufs wahrste unterdrückt, jedoch Preußen und Bayern in dieser Frage eine Einheitsfront bildeten. Aus parlamentarischen Kreisen wird dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt: Obwohl die Lage in München noch ungelöst ist, wird die für Donnerstag vormittag anberaumte Sitzung des Überwachungsausschusses des Reichstages, die sich mit Bayern zu befassen hat, nicht vertagt werden. Es ist jedoch anzunehmen, daß sie nur von kurzer Dauer sein wird.

Die bayerische Regierungskrisis.

München, 14. September. Der häufige Ausdruck des Landtages hat heute nachmittags zu einer Sitzung zusammen. Präsident Königshauer gab vor Eintritt in die Tagessitzung ein Schreiben des Ministerpräsidenten v. Rath bekannt, wonach dieser vom Rücktritt des Gesamtministeriums Mitteilung macht. Der Präsident sagte hinzufügend, er sei in keiner Weise bedroht.

habe auf Donnerstag nachmittag eine Sitzung des Altersrates einberufen, der sich mit der Frage beschäftigen werde, wann die nächste Wahlung stattfinden soll, um die Wahl des Ministerpräsidenten und die Bestellung eines neuen Ministeriums vorzunehmen. Nach kurzer Aussprache trat der Ausschuß in die Tagessitzung ein und beschloß sich mit den Vergängen in München, Nürnberg und Koburg. Wie die Blätter aus München melden, hat die Bayerische Volkspartei gestern zwei Fraktionssitzungen abgehalten, von denen die zweite noch in den Abendstunden anhielt. Nach dem Ergebnis der Verhandlungen kam schon jetzt mit Bestimmtheit darauf gerechnet werden, daß die Bayerische Volkspartei an Dr. v. Rath nicht mehr mit dem Schuchen herantrete wird, auf seinem Posten zu bleiben. Da auch die Demokraten sich an einem neuen Kabinett Rath nicht sehr beteiligen werden, ist schon heute mit Sicherheit zu sagen, daß eine Rückkehr v. Rath nicht zu erwarten ist.

Die Abrüstungskonferenz.

Paris, 15. September. Die Agentur Havas meldet aus Washington: Die amerikanische Regierung hat den zur Abrüstungskonferenz eingeladenen Nächten eine Liste der Gegenstände überhandt, deren Besprechung sie vorschlägt. Diese Liste sei nur provisorisch und dazu bestimmt, als Grundlage für ein Abkommen über das Programm der Konferenz zu dienen. Man erwartet nicht sofort eine Antwort. Es wird eine gewisse Zeit nötig sein, um die Liste zu prüfen und bezüglich der möglichen Einwendungen in einen Meinungsaustausch einzutreten.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Paris, 15. September. Nach dem „Petit Parisien“ müssen die sensationellen Nachrichten aus Konstantinopel mit aller Vorsicht aufgenommen werden. Nach Mitteilung aus guter Quelle handelt es sich um beliebig vergrößerte Gerüchte, wie das wohl im Orient vorkomme. Die Sache sei weit entfernt, einen deutlich sichtbaren Charakter zu haben, von dem die Gerüchte sprechen. Die Sicherheit der verbündeten Truppen sei gegenseitig.

Die Weltkonzerne.

Der Weltkonzerngründer und ehemalige Winkelphotograph Max Klante steht jetzt vor dem Untersuchungsdichter. Das schwindelnde Unternehmen, mit dem er viele Tausende um ihre Spargeschäfte brachte, ist zusammengebrochen, und der schlechte Eindruck, den dieser Bankrott macht, wird nur verstärkt dadurch, daß Klante die Aussicht getraut, der Staat mit seinen hohen Steuern habe ihn zugrunde gerichtet. Daß bei einem Rückenwind von Einzahlungen und Dividenden hohe Steuern fällig werden, mügte Klante in Rechnung ziehen. Um so weniger große Versprechungen hätte er seinen Einlegern machen dürfen. Aber er versprach viel mehr, als er halten konnte, damit ihm immer neue Leute ihre Epargne anvertrauen sollten. Nun sind 6000 Personen durch ihn schwer geschädigt, zum Teil wirtschaftlich zugrunde gerichtet worden. Denn es war meist ihr einziger Spargeschäft, ihr letztes Gehalt oder gar eine unvertraute Summe, die sie bei Klante anlegten. 6000 Menschen, die aus dem Elend der wachsenden Teuerung herauskommen wollen, fallen zurück in den Abgrund des schweren Kampfes ums Leben. Und das Weltkonzerngründer ist dem Schicksal des Schwindsüchters Klante ist, daß er von vielen bedauert, ja gefeiert wird; sie glauben noch an ihn und sammeln eine Kautio für seine Freilösung. Wenn diese verzweifelten Einthusiasten sich doch nur die Mühe machen wollten, den Bericht über den ersten Weltkonzern-Strasprozeß, der soeben vor der Senatskammer des Berliner Landgerichts I zur Verhandlung kam, aufmerksam und mit Selbsterkennnis durchzulesen. Vier Angeklagte, Weltkonzernleiter Weste und seine Getreide wurden zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt. Sie hatten den Einlegern 100 Proz. späterhin 150 Proz. „zugesichert“. Ihre Bücher waren, wie ein Sachverständiger nachwies, ordnungsgemäß geführt. Aber das sei bei sieben anderen vertrauten Sportbanken auch der Fall gewesen. Nur wenn man die Herren Sportbankiers fragte, wo und wie sie denn die ihnen anvertrauten Gelder angelegt hätten, lautete jedesmal die diplomatische Antwort: Wir haben damit gezeichnet, und die Buchmacher nennen man nicht. Aber hier liegt die ganze Fragwürdigkeit dieser Unternehmungen. Wenn die Unternehmer noch so viel gewettet haben, sie könnten auf die Dauer unmöglich die Einnahmen schaffen, um danach die phantastischen Zinsen aufzuzahlen. Sie mühten sich, die Zinsen von den neuen Einlagen zu erhöhen, daß dieses Verfahren schwindelhaft und betrügerisch war. Die jetzt nacheinander in einem förmlichen Gänsemarsch vor dem Richter tretenen Angeklagten werden wahrscheinlich immer wieder gelingt machen, daß ihnen die gewinnzerrigen Leute das Geld freiwillig ins Haus gebracht, ihnen förmlich aufgedrückt hätten. Die Spielkunst der Einleger sei das freihende Moment gewesen. Aber gerade diese Tatsache spricht laut gegen die gewissenlosen Bankgründer und schlägt mildernde Umstände aus. Der Gerichtsvorsteher des genannten ersten Strasprozesses drückte diesen Gedanken in der Urteilsbegründung deutlich aus, indem er sagte: Es handelt sich um ein gesellschaftliches Vorgehen gegenüber einem Volke, das finanziell bereits am Rande des Abgrundes steht! Der Massenzulauf bei den Sportkonzernen, Wettkampf, Turnen und wie diese Geldsäulen alle heißen, läßt sich nicht überblicken mit dem zu allen Zeiten vorhandenen leichtsinnigen Trieb nach mühselosem Gewinn erklären. Es handelt sich um etwas viel Ernsteres und Traurigeres. Der Erfolg der Klante und Genossen hat dieselbe Ursache wie die derzeit überlistige Wohlfahrtsplattform und der Drang zu waghalsigen Unternehmungen aller Art. Die Ursache liegt in der Unmöglichkeit für zahllose Eigentümer, sich auf anständige Art durch Arbeit und Einkommen weiterzubringen oder überhaupt nur durchzubringen. Die Geldinvestition hat die verarbeiteten Vermögen aufzugehen, und den vertriebenen Verlierern in dieser Wirtschaftssphäre erscheint das Wohlfahrtsspiel und die Weltbank als der letzte Ausweg, um sich über Wasser zu halten. Es liegt, wie ebenfalls vor dem Strafrichter, nämlich von Seiten des Staatsanwaltes

betont wurde, eine Volksschärfte vor. Die heutige Volksschärfte, die Geldentwertung, haben sich die gewissenlosen Unternehmer zu sehr gemacht, um unvorsichtige und unvorsichtige Menschen zu Tausenden ins Unglück zu stürzen. Dazu dem frevelhaften Treiben nun durch Einbrechen der Gerichte ein Ende gemacht wird, ist nur zu begrüßen.

Der Balutasturz.

London, 14. September. Wie "Daily Mail" berichtet, prüft die Währungskommission langfristig die Markfrage. Der Sturz des Mark sei darnach nicht das Ergebnis der von Deutschland geleisteten Abholungen, sondern der Unmöglichkeit, in Deutschland der Inflation Einhalt zu tun, die eine große Krankheit des festländischen Europas geworden sei. Die Folge sei, daß Deutschland Märkte sich mehr und mehr für englische Artikel schließen. Die britischen industriellen Verbände trügen sich ernsthaft mit der Absicht, eine Politik zu treiben, die das englische Pfund auf eine Linie zurückbringe, die den Handel mit dem Ausland wieder aufzunehmen gestatte. "Daily Mail" glaubt, daß eine solche Politik trotz allerlei Ausicht habe, angenommen zu werden.

Einfuhrverbot für Oberschlesien.

Kattowitz, 14. September. Die Interalliierte Kommission hat ein Einfuhrverbot für Personen erlassen, die außerhalb Oberschlesiens wohnen. Auch die Ausreiseerlaubnis wird nur in Ausnahmefällen erteilt. Einzelfallanträge reichsdeutsche Vertreter größerer Tagesszeitungen wurden abfällig beschieden wegen angeblich unwahrer Gewebebeschwerden aus Oberschlesien.

Reaktionäre Umtreibe in Oberschlesien?

Berlin, 14. September. Laut "D. J. am Mittag" ist es in Schlesien in den letzten Tagen gelungen, einige geheime Nachrichtendienstzentralen reaktionärer Kreise auf die Spur zu kommen. Nunmehr sei es auch gesagt, einen der Leiter einer solchen Organisation in Neubukow festzunehmen. Es sei dies der bekannte antisemitische Privatdetektiv Arnold Ruge aus Heidelberg, der falsche Ausweise unter dem Namen eines Geheimrats Berger besessen habe. Auch weitere Mitglieder seien verhaftet worden.

Die Steuergesetze.

Berlin, 15. September. Im vorläufigen Reichswirtschaftsamt wird die Generalabstimmung über die Steuergesetze und den Antrag Wissels fortgesetzt. Dr. v. Siemens (Industrievorsteher) wendet sich gegen die geplante Belebung Wissels, daß die Industrie aus selbstschädigenden Gründen die Erfüllung des Ultimatums erschwere und durch Umstellung sehr wohl befähigt wäre, die Anforderungen zu erfüllen. Vom grünen Tisch aus lasse sich eine Umstellung nicht durchführen, am allerwenigsten zwangsläufig. Das Schlagwort der Goldwerte habe schon viel Unheil angerichtet, denn jeder gebe ihm seine Auslegung. Wenn der Staat die Substanz einziehe, so könne er wohl die Schuld ablösen, nicht aber ihre Vergrößerung. Beschränke er sich auf der Grundlage der Substanz einen Kredit, so wäre das auch nur eine vorübergehende Erleichterung. Er bestreite, daß die Industrie Devisen zurückgehalten habe und wende sich gegen die Behauptung Hülfertings, daß die Wirtschaft die Schuld am Wichtelgang

der Steuern trage. Schriftleiter Heller (ermann) meint: Das Ausland ist schon heute in der Lage, um völlig auszulöschen und zu Bohnen zu machen. Unsere Produktion ist allerdings im Aufblühen; aber Mittelstand und Beamtenhost befinden sich in Rot. Die geistigen Arbeiter stehen unter, weil sie der Geldentwertung keinen Widerstand bieten können. Nur durch den Eingriff in die Substanz kann der fortgeschrittenen Veränderung unseres Nationalvermögens entgegengestellt werden. Fabrikant Bögele-Mannheim (beruseter Vertreter) fordert von der Regierung genaue Auskünfte über die Reparationsverpflichtungen; im Hinblick auf das Einlenken der Bautata, auf die Tenuenz bei Einfluss von Rohstoffen und Halbfabrikaten, auf das Steigen der Auslandszölle und auf die vermehrte Kaufkraft des Auslands werde ein Eingriff in die Substanz zu einer großen Entlastung führen. Bielefeld lasse sich der Versuch machen, die Errögnisse der Sachwerte mit einer erhöhten Steuer zu beladen und diesen Betrag für Kreditbeschaffung im voran zu komplizieren. H. Habermann (Deutschnationaler Handlungsbücherverband) will sich mit dem Antrag Wissel noch der gestern erhaltenen Auslegung einverstanden erklären. Ingenieur Dahl (Friedrichshafen) befürchtet, daß der Gedanke Wissels von der Gemeinschaft zu einem reinen Staatsbetriebe führen werde. Die Regierung predigt den anderen immer Sparfamilie, ohne sie selbst zu üben. Direktor Wallow (Große Berliner Straßenbahn) hält den von der Regierung mit den neuen Steuern bezeichneten Weg nicht für ganzbar. Man sollte die Schamsteuer auf Umsatz und Einkommen. Sonst habe man nichts weiter. Wie ein Mann, der im Konkurs stehe, müsse die Regierung einen Zwangsvergleich mit dem Ausland anstreben. Wenn die Substanz bereits angegriffen sei, sei ein solcher Vergleich nicht mehr zu haben. Nachdem noch Albrecht (Handelsvertreter) darauf verwiesen hat, daß eine Belastung der Sachwerte noch keine Konkurrenz bedeute, schließt die Generaldebatte. Der Antrag Wissel wird an den Reparationsausschuß verwiesen. Der Antrag Max Cohen (Friedrichshafen), eine internationale Vereinbarung anzustreben zur Feststellung der im Ausland befindlichen Vermögenswerte, wird angenommen, ebenso ein Antrag Schweizer (technischer Angestellter der Industrie) über den Ausbau der Außenhandelsstaatlichkeit und ein Antrag Göttinger, der die Arbeitszeit im Stein- und Blechschleifbergbau allgemein gleichmäßig regelt. Nach Annahme einer Reihe weiterer Auschlußbeschlüsse über eine Reform der Erwerbslohnunterstützung und Abänderung des Gesetzes über die Wochenarbeitszeit im Einklang mit den entsprechenden Beschlüssen des Reichstages verträgt sich das Haus aus unbefristete Zeit.

Der deutsche Juristentag.

Bamberg, 14. September. Die öffentlich-rechtliche Abteilung des Deutschen Juristentages beschäftigte sich heute mit der Frage der Sanction. Nach Vorträgen von Prof. Dr. Meurer-Würzburg und des österreichischen Justizministers A. D. Dr. Klein wurde folgende Entscheidung angenommen: Der deutsche Juristentag spricht als seine einmütige Überzeugung aus, daß die sogenannten Sanktionen widerrechtliche Gewaltmaßnahmen sind. Sie verletzen den Verfaßter Vertrag und das Völkerrecht.

Die thüringischen Landtagswahlen.

Weimar, 14. September. Nach dem endgültigen Wahlergebnis erhielten bei der Thü-

ringen Landtagswahl die Sozialdemokraten 18 Stimme und 548 Abstimmungen, die Unabhängigen 9 Stimme und 2811 Abstimmungen, die Kommunisten 6 Stimme und 441 Abstimmungen, die Deutschnationalen 4 Stimme und 289 Abstimmungen, der Bauernbund 10 Stimme und 7511 Abstimmungen, das Zentrum keinen Stimme und 7394 Abstimmungen, die Deutsche Volkspartei 9 Stimme und 1196 Abstimmungen, die Wirtschaftspartei keinen Stimme und 4226 Abstimmungen, Demokraten 3 Stimme und 1674 Abstimmungen.

Die Verhaftungen zur Ermordung Erzbergers.

Berlin, 14. September. An die Melbung von der Verhaftung einer Anzahl Personen, die angeblich in Beziehungen zur Ermordung Erzbergers stehen, wird in der Öffentlichkeit die Behauptung geflüstert, es befänden sich aktive Offiziere der Marine darunter. Das Reichswehrministerium teilt mit, daß keine der verhafteten Personen sich im aktiven Dienst der Reichsmarine befindet. Sollten eingeschlossen von ihnen tatsächlich früher der Marine angehört haben, so sind sie jedenfalls seit längerer Zeit bereits aus dem aktiven Dienst ausgeschieden.

Potsdam, 14. September. Im Bureau des der Selbstschutzbewegungen bei bekannten Justizdirektors Oppermann erschien gestern abend ein Mann, der Unterstützung und Kleingeld erbte. Er befand sich auf der Flucht, sei der Lieutenant Kurt Hüller und der Mörder Erzbergers. Oppermann dennochrichtigte die Polizei. Der Fremde ließ sich ruhig festnehmen. Seine Personalbeschreibung deckt sich annähernd mit dem Signalement eines der Mörder.

Berlin, 14. September. Über das Vorleben von Schulz und Tilleßen wird berichtet: Beide seien ein Jahr lang, vom Mai 1920 bis Mai 1921, von der großen landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft in Regensburg zur Erlernung eines neuen Berufes als bezahlte Volontäre angemommen worden. Dr. Heim, der Generalsdirektor der Regensburger Genossenschaft erklärte, daß im Betrieb der Regensburger Zentralgenossenschaft u. a. doppelt soviel Schwerbehinderte beschäftigt werden, als es das Gesetz verlangt, und zwar ohne Ansehen der Konfession und der Partei. Schulz und Tilleßen haben dort völlig zurückgezogen gelebt und werden als beschleben und zurückhaltend geschildert. Heinrich Schulz ist der Sohn eines verschwundenen Arztes. Er hat in einer Maschinenfabrik in Gotha gelernt, ist 1914 als Kriegsfreiwilliger eingetreten, wurde zweimal verwundet, am 11. Januar 1918 zum Reserveoffizier befördert, war u. a. Kompanieführer und Bataillonsadjutant, trat im September 1918 in den Verwaltungsdienst über und war kaufmännisch tätig, bis er sich Ende April 1919 bei der zweiten Marinebrigade meldete. Bei dieser hat er an den Kämpfen in Bayern und Oberschlesien teilgenommen. Tilleßen ist der Sohn des verstorbenen Generalleutnants a. D. Tilleßen. Er wurde 1912 Seelabot und hat während des Krieges als Oberleutnant auf verschiedenen Kriegsschiffen und bei der 8. Torpedobootsflottille Dienst getan. Von November 1918 bis Januar 1919 war er in Scapa Flow interniert, von Juli 1919 bis Januar 1920 in englischer Kriegsgefangenschaft und von März 1920 ab bei der 2. Marinebrigade.

München, 14. September. Bis Mittwochabend sind in der Wardsache Erzberger insgesamt zehn Personen verhaftet worden, und zwar neun Männer Personen verhaftet worden, und zwar neun in München und einer auf der Fahrt von Augsburg nach München. Gegen alle ist Haftbefehl erlassen worden. Die festgenommenen werden

nächstens nach Offenburg gebracht und dort den Untersuchungsrichter vorgesetzt werden. Die Meldung, daß von außerordentlicher Polizei bei Dr. Heim eine Haftsucht abgesetzten worden sei, um ihn in diese Angelegenheit hineinzuziehen, ist nach einer Mitteilung der badischen Generalstaatsanwaltschaft völlig aus der Luft gegangen. Die Haftsucht galt nicht Dr. Heim, sondern Schulz und Tilleßen, die bei ihm in Regensburg verhaftet waren. Gestern Abend traf bei der Generalstaatsanwaltschaft ein Schreiben aus Solingen, das in italienischer Sprache die kurze Mitteilung enthielt: Hallen und in Walland auf. Der Brief trägt keine Unterschrift. Es muß untersucht werden, ob es sich um eine Fälschung handelt.

v. Hirschfeld noch in Haft.

Berlin, 14. September. Ottmar v. Hirschfeld befindet sich nicht in Freiheit, sondern verhängt seit dem 10. d. R. weiter seine im Gefange über ihn verhängte Strafe. Der neue Haftbefehl wegen Hochverdachts ist aufgehoben worden.

Berbot von Zeitungen.

Berlin, 14. September. Durch Bekanntmachung des Reichsministers des Innern ist die in Berlin erscheinende "Rote Fahne" vom 15. bis 17. September und das in Gotha erscheinende "Vollblatt" vom 15. bis 29. September auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August verboten worden.

Die mitteldutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschluß.

Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschluß des Preußischen Landtages verabschiedete den Stadtkommissar Weismann. Der Zeuge war Gegner der Polizeiaktion in Südwürttemberg, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorruhen mußte. Die Rote Armee stand höchstens auf dem Papier. Es befanden sich Kampforganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Chefbesprechung in der Reichskanzlei statt. Minister Seizing begründete dort die Polizeiaktion und zerstreute die Bedenken. Der Wohnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die paar Waffen habe er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufstand brach dann tatsächlich los. Der mitteldutsche Aufstand war ein richtigem kommunistischer Putsch. Der Zeuge ist bereit, unter seinem Eid zu behaupten, daß viele Kuben zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland waren. Hört! hört! Ruhland, unterstüpte das Aufstand. Stadtkommissar Weismann befand weiter, daß nicht die geringste Gefahr eines Hochstupsches in Deutschland bestand. Die Geschichte von der Magdeburger Spielzentralkarte war eine lächerliche Übertreibung. Solche Nachstellungen habe er seit dem Kap-Putsch nicht ausgehoben. Vorbereitung eines Hochstupsches seien solche Stellen nicht. Diese Gefahr liege ganz anderswo. Sie sei ja in letzter Zeit fast geworden und werde durch die Entdeckung des Mörder Erzbergers noch viel mehr zum Vorhören kommen. Die Geschworenen, die er schon lange vermutete und der Reichsregierung mitteilte, habe ich als richtig erwiesen. Solange Gegen der Beschuldigung bestehen, seien der Stadtkommissar und seine Nachstellungen nötig. Aber er habe jetzt keine Nachstellungen (Hört! hört!). Die Polizeiaktion sei von den kommunistischen Führern durchgeführt worden, einen gewaltsamen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzuholen. Der Zeuge glaubt an das Vorhandensein

die nächstjährigen Göttinger Hänselopernspielen des Universitätsbundes in Aussicht genommen.

— Eine Massenet-Gedächtnishalle soll im Opernhaus in Paris eröffnet werden. Das Museum besitzt in 76 Bänden alles, was Massenet geschrieben hat, außer den Manuskripten von "La Grande Tante" und Don Cesare de Volpone", die mit der Komischen Oper verbrannten. Auch die Tagebücher, Reiseaufzeichnungen und Reisetagebücher, die sich der Komponist regelmäßig schrieb, werden im Opern-Museum aufbewahrt.

Theater und Film. Die Veranstalter der für den Januar 1922 in Amsterdam (Siegelsaal) geplanten Theateraufführung appellieren durch einen Aufruf an die einheimische und ausländische Teilnahme. Der Appell spricht von der Unterbrechung des Zusammensetzens in der internationalen Theaterreform durch den Krieg und von der Notwendigkeit neuen Zusammenschlusses. Es soll eine Übersicht über das moderne Theaterwesen in allen seinen Unterarten (architektonische Fragen, Inszenier- und Regie Kunst, Kostümtheorie) gegeben werden. Der Sekretär des Einrichtungsausschusses in der Stadt H. G. Bülowell, Amsterdam, Vostraat 50.

* Aus der "Opernschule Petzenz" erhielten in diesem Jahr Aufführungen: Florence Behrendt-Vosey an das Stadtschauspiel in Hannover, Gertrud Wenzel an das Stadtschauspiel in Chemnitz, Hans Raussmann und Erich Anders an das Stadtschauspiel in Görlitz, Richard Lewitsky an das Stadtschauspiel in Lübeck, Agnes Grahl an das Stadtschauspiel in Cottbus, Ilse Gräsel an das Stadtschauspiel in Görlitz, Martha Schäfer und Paul Gründer an das Stadtschauspiel in Bautzen.

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 15. September.

Wissenschaft und Technik. Der diesjährige Deutsche Neurologen Kongreß wird vom 15. bis 17. September in Braunschweig stattfinden. Es haben sich 250 Gelehrte aus In- und Ausland angemeldet. Der Kongreß wird in der Technischen Hochschule abgehalten werden.

Auf der Kap-Sternwarte in Südwürttemberg haben J. H. Skjellerup und W. Seidl am 27. Juli den periodischen Kometen Ende (1786, 1) wieder aufgefunden. Die Position des Kometen, dessen Helligkeit auf Größe 8 bis 9,5 geschätzt wurde, war damals 10 h 8 m 11 s, nördliche Abweichung 4 Grad 56 Min., die Bewegung war südostwärts gerichtet. Am 11. September stand der Komet bei 15 h 22 m 12 s — 29 Grad 23,5, am 29. September wieder bei 16 h 30 m 30 s — 30 Grad 43,2 stehen und sich dann wieder nordwärts wenden. In Sonnennähe befand sich der Komet schon im Juli, in Erdnähe gegen Mitte August dieses Jahres.

Eigene Beobachtungen über die Wirkung der Röntgenstrahlen auf die Tuberkelbazillen lagen bis jetzt noch immer nicht vor; denn während einige Forstheren eine unmittelbare Wirkung der Strahlen auf die Bazillen festgestellt haben wollten, hatten andere Versuche nur Wachstumshemmungen, nicht aber eine direkte Verbindung der Bazillen ergeben. Erhebliche Verbesserungen der hierzu nötigen Instrumente haben in neuester Zeit diese Frage jedoch anscheinend endgültig gelöst.

Die leichten von Haberland und Klein vorgenommenen Untersuchungen ergaben nämlich, daß die mehrere Röntgen hindurch und im Zeitraum von 10 Min. bis zu 1½ Stunden ausgeführten Röntgenbestrahlungen der Tuberkelbazillen noch überhaupt auf diese selbst den geringsten unmittelbaren Einfluß ausüben. Die guten Erfolge der Röntgenbestrahlung auf tuberkulöse Körperteile

dürften also nicht von einer Wirkung der Strahlen auf die Bazillen selbst, sondern wohl ausschließlich davon abhängen, daß zunächst das lebende Gewebe durch die Wirkung beeinflußt und entsprechend verändert wird und daß nun das Gewebe als solches in diesem veränderten Zustand auf die Bakterien schädigend einwirkt.

Literatur. Im Frühling wurde unter den Preisträgern des Mesmerpreises ein Unbekannter, Unbedruckter gekrönt. Paul Gurlt, ein Berliner Magistratsbeamter, erhielt einen Preis für sein Drama "Thomas Müntzer". Nun wird ein anderes Werk des Dichters, sein Drama "Dina" am 22. September im Braunschweiger Landestheater die Uraufführung erleben.

Als erste der für die Spielzeit 1921/22 in Aussicht genommenen Uraufführungen bringt das Neuhafische Theater in Görlitz in einer Morgenstier am Sonntag, den 18. September, vormittags 11 Uhr Hermann v. Boettchers "Der Heimkehrer". Der Dichter setzt sich mit dem Werk inszenieren. Weitere Uraufführungen sind geplant: "Das Opfer" von Rabindranath Tagore, "Krieg", ein Drama von Carl Hauptmann, "Rain", ein dramatisches Orchester von Friedrich Schreiber.

Bildende Kunst. Noch bisher unbekannte

Dante-Erscheinungen im "Gegeuer" von Dante geheißen wird; es sind übrigens auch die heutigen italienischen National-Sachen. Im Gegeuer zu verschiedenen anderen Dantes-Bildern tritt die Unterlippe etwas hervor; ausdrucksstark ist das Kinn, das Auge klar und ruhig. Während die meisten Dantes-Porträts im Profil zeigen, so hat das zweite im Berliner Privalbushaus eine Bildnis den Vorsprung, eine Verkrüppelung zu bieten.

Es ist eine Arbeit des Florentiner Cinquecento, und Schubring möchte sie dem Pontormo zuschreiben. "Das Bild", sagt er, "wirkt wie eine Illustration zu Virgils Aeneiden: „Oanimadognos“ bei der Fazit über den Styx. Die Puppen sind in den linken Abwinkel gerückt, sodass die Augen weit in die Ferne zu spähen scheinen; und sieht der Dichter jedenfalls nicht an, sein Gesicht hat Wichtiges zu tun. Die Bluse ist hier dunkel, heller die rote Kappe. Sehr reizvoll ist der Dreifang von Weintot, Dunkelgrün und Hellgrün am Kragen. Dante macht hier einen sehr schmächtigen Eindruck; das stimmt zu Boccaccios Bericht." In Italien ist vor kurzem ein neues Dante-Fresko aufgefunden worden; es trat bei der Ausstellung von Fresken in der Kirche Sant'Agostino zu Rom, die durch das Erdbeben von 1916 verursacht wurde, auf. Wie der Kunsthistoriker Filippini im "Festino d'Arte" ausführt, handelt es sich um Fresken des Malers Bitino da Faenza, der gegen Ende des 14. Jahrhunderts in Rom niederließ. Die Fresken sind ungefähr um 1418 ausgemalt. Das Bild des "ägyptischen Dichters" befindet sich unter den Nebenfiguren einer der wichtigsten Szenen, welche die Auferstehung der Deutschen behandelt. In der prachtvollen Gruppe der Heiligen, die der Heilige der Toten folgen, erkennt man neben den Jüngern Petrus auch den Kopf Daniels, der mit einem Vorbericht gezeichnet ist und einen Ausdruck großer Überraschung zeigt.

Musik. Die deutsche Uraufführung von G. Fr. Händels Oper "Julius Caesar" (1724) wird wiederholt die Farben, in die Beateice bei in der Bearbeitung von Dr. D. Hagen ist für

ein östlicher Kampforganisationen und sagte weiter, dem Minister Seeling könne man gar keine Vorwürfe machen. Der Minister und er seien sehr bewußt über den Aufruf selbst seien sehr bewußt über den Aufruf Höring gewesen, der die Polizeiaktion ankündigte. Er glaubte, daß die paar Tage bis zur Durchführung viel zum Abbau der kommunistischen Kampforganisationen beitragen. Er hätte es für besser gehalten, wenn die zuständigen Stellen vorher besser informiert worden wären. Auch Unabhängige hätten bei der Konferenz in Wiesenburg die Polizeiaktion gewünscht. Er habe ihre Verabsiedlung gewünscht, damit kostbare Verhandlungen getroffen werden könnten. Der Minister habe nicht an den Ausbruch eines Aufstandes geglaubt. Die privaten Nachrichten hätten die Bevölkerung sehr beeindruckt. Wenn ein roter Kriegsplan in der "Deutschen Tageszeitung" erschienen sei, so sei er ein paar Tage lang laut, weil dann das Telefon längste. Beweise dagegen könne er leider nicht geben. Vor allem entsthele die Gefahr, daß man nicht mehr Sicherheit von Unbekannt unterscheiden könne. Die Leiter der Magdeburger Spieldenkästen seien ihm lange bekannt gewesen. Der eine war ein Demokrat. Von Rechtskampfbefreiungen war dem Zeugen aus Mitteldeutschland nicht das geringste bekannt. Bei den Spieldenkästen sei eine Haushaltung vorgenommen worden, bei der sich falsche Dokumente fanden. Diese Deute, die sich als große Politiker ausspielten, seien jedem Schwindler auf. Es kann sein, daß sie guten Glaubens waren. Die kommunistische Partei habe auf Moskauer Befehl den Aufstand machen müssen, sei aber mit den Vorbereitungen noch nicht fertig gewesen.

Berlin, 14. September. In der Nachmittagssitzung des Untersuchungsausschusses des Preußischen Landtages wurde zunächst als Zeuge Wipperfürth a. D. Kaufmann Ernst Hundt in Holz vernommen. Auf die Frage, ob ihm Geld angeboten worden sei, wenn er jemanden ermorde, erklärte der Zeuge: Es sind mir einmal 3000 Mark angeboten worden, als ich den Amtsvorsteher Pierer verhaftete. Dann wurde die Vernehmung des Staatskommissars Weizmann fortgesetzt. Auf die Frage, welche Gründe er dafür hätte, daß die mitteldeutschen Bergänge in unmittelbarer Verbindung mit Moskau ständen, erwiderte er: Die Polizeiaktion wurde als reine Aktion gegen Verbrecher aufgefaßt. Auf die Frage, ob Holz die kommunistische Aktion fördern wollte, oder ein hoher Räuber und Expresser war, erklärte Weizmann: Holz war nichts als gemeiner Verbrecher. Damit war die Vernehmung des Staatskommissars Weizmann beendet. Am Schluß der Sitzung wurde die Ablehnung des Zeugenaussages durch den Abg. Levi erdeckt. Der Vorsitzende stellte fest, daß dem Ausschuss kein Zwangsmittel zu Seite und daß man deshalb auf die Ladung des Zeugen verzichte. Morgen vormittag soll die Vernehmung der Zeugen beginnen, nachmittags die des Oberpräsidenten Höring.

Ausstand der Stuttgarter Straßenbahnen angestellt.

Stuttgart, 14. September. Die Angestellten der städtischen Straßenbahn haben mit 1620 gegen 90 Stimmen den Schiedspruch des Schiedsgerichts über die von Ihnen geforderten Lohn erhöhungen abgelehnt und sind in den Ausstand getreten.

Ausstände in Hamburg.

Berlin, 14. September. Nach der "Roten Fahne" sind die Versicherungsangestellten, das Pflegerpersonal der Krankenanstalten, die Angestellten der Postverwaltung und die Arbeiter der Schiffbauindustrie in Hamburg in den Ausstand getreten.

Der Völkerbund und die Wahl der Richter zum Internationalen Schiedsgerichtshof.

Genf, 14. September. Die Völkerbundversammlung trat heute zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Auf der Tagessitzung stand die Wahl der Richter des Internationalen Schiedsgerichtshofs. Um die Feierlichkeit des Tages herzuwenden, wurde beschlossen, daß während des Wahlganges die Debatte unterbrochen wird. Das Vorjahr für die Wahl der Richter des Internationalen Schiedsgerichtshofs verlangt, daß die Kandidaten in beiden Körperschaften die absolute Mehrheit erhalten, daß Völkerbundrat und Völkerbundversammlung aber in getrennten Sitzungen abstimmen. Drei Wahlgänge sind notwendig, um die angegebene Richterzahl zu erhalten. Um 11 Uhr 20 Min. wurde unter großer Spannung der Versammlung das Ergebnis des ersten Wahlganges verkündet, an dem Vertreter von 42 Staaten teilgenommen haben. Es erhielten Alumaria (Spanien) 23, Adorve (Chile) 24, Anglotti (Italien) 24, Barboza (Brasilien) 28, Bustamante (Kuba) 26, Finlay (Großbritannien) 29, Todor (Niederlande) 24, Oba (Japan) 29 und Weiß (Frankreich) 30 Stimmen. Diese Kandidaten haben das absolute Mehr erreicht und sind somit als Mitglieder des Internationalen Gerichtshofes gewählt, unter der Voraussetzung, daß sie auch die Mehrheit der Stimmen im Völkerbundrat erhalten. Es sind nun noch zwei Mitglieder des Internationalen Gerichtshofs zu wählen. Es erhielten Huber (Schweiz) 14, Borel (Schweiz) 8, Desamps (Belgien) 13, Borden (Spanien) 12, Ryholm (Dänemark) 11, Moore (Vereinigte Staaten) 12, und Regulescu (Rumänien) 19 Stimmen. Da nur neun Kandidaten das absolute Mehr erhalten haben, mußte für die Wahl der verbleibenden zwei Richter ein neuer Wahlgang erfolgen. Ein Antrag Brasiliens, daß die

Abstimmung genau wie beim ersten Wahlgang vollständig frei zu erfolgen habe, wurde angenommen. Beim zweiten Wahlgange erhielten Weichmann (Norwegen) 3, Borel (Schweiz) 7, Huber (Schweiz) 12, Klein (Österreich) 2, Moore (Vereinigte Staaten) 21, Regulescu (Rumänien) 6 Stimmen. Moore (Vereinigte Staaten) ist somit gewählt. Beim dritten Wahlgange für die Wahl des ersten Richters erhielten Regulescu 19, Huber 15, Desamps 2, Borden 3, Hammerichold 1 und Ryholm 1 Stimme. Da kein Ergebnis zu die Polizeiaktion gewünscht. Er habe ihre Verabsiedlung gewünscht, damit kostbare Verhandlungen getroffen werden könnten. Der Minister habe nicht an den Ausbruch eines Aufstandes geglaubt. Die privaten Nachrichten hätten die Bevölkerung sehr beeindruckt. Wenn ein roter Kriegsplan in der "Deutschen Tageszeitung" erschienen sei, so sei er ein paar Tage lang laut, weil dann das Telefon längste. Beweise dagegen könne er leider nicht geben. Vor allem entsthele die Gefahr, daß man nicht mehr Sicherheit von Unbekannt unterscheiden könne. Die Leiter der Magdeburger Spieldenkästen seien ihm lange bekannt gewesen. Der eine war ein Demokrat. Von Rechtskampfbefreiungen war dem Zeugen aus Mitteldeutschland nicht das geringste bekannt. Bei den Spieldenkästen sei eine Haushaltung vorgenommen worden, bei der sich falsche Dokumente fanden. Diese Deute, die sich als große Politiker ausspielten, seien jedem Schwindler auf. Es kann sein, daß sie guten Glaubens waren. Die kommunistische Partei habe auf Moskauer Befehl den Aufstand machen müssen, sei aber mit den Vorbereitungen noch nicht fertig gewesen.

Der Völkerbundrat und die Mandatsfrage.

Genf, 14. September. Die Unterkommission B für Mandate der 6. Kommission des Völkerbundes für politische Angelegenheiten beschloß, ein Schreiben an den Rat abzufassen, in dem der allgemeine Stand der Mandatsfrage dargestellt und das Bedauern über die bisherigen Verzögerungen ausgedrückt werden soll. Das Schreiben soll außerdem feststellen, daß die Mächte bestrebt sind, das Mandat im Sinne ihres Amtes auszuüben.

Die Sowjetregierung und Polen.

Berlin, 14. September. Wie die "Vossische Zeitung" meldet, hat Tschauder eine neue Rolle an die polnische Regierung gerichtet, in der er die unerledigten Fragen der Sowjetregierung über das Fortbestehen weißrussischer Organisationen auf politischem Boden erneut vorbringt. Er behauptet, daß eine förmliche Verbindung zwischen den polnischen Behörden und diesen Sowjetorganisationen besteht. Die Sowjetregierung fordert schließlich die Ausweitung der Führer dieser Bewegung.

Ein britisches Geschwader vor Riga.
Kopenhagen, 14. September. Nach einem Telegramm aus Riga ist dort ein britisches Geschwader von 13 Schiffen eingetroffen.

Lohnbewegung.

Dresden, 14. September. Die beiden Arbeitgeberverbände der Metallindustrie hielten heute abend eine Versammlung im "Italienerischen Dörfchen" ab. Es wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen, folgendes Schreiben an den Deutschen Metallarbeiterverband in Dresden zu richten: Im Gegenseitig zu uns haben Sie den Spruch des Schlichtungsausschusses vom 29. d. M. nicht angenommen und unser Schreiben vom 7. d. M., in dem wir uns zur nochmaligen Erklärung unserer Stellungnahme bereit erklärt haben, ebenfalls nicht angenommen. Wir sind bestrebt, daß dem Ausschuss kein Zwangsmittel zu Seite und daß man deshalb auf die Ladung des Zeugen verzichte. Morgen vormittag soll die Vernehmung der Zeugen beginnen, nachmittags die des Oberpräsidenten Höring.

Ausstand der Stuttgarter Straßenbahnen angestellt.

Stuttgart, 14. September. Die Angestellten der städtischen Straßenbahn haben mit 1620 gegen 90 Stimmen den Schiedspruch des Schiedsgerichts über die von Ihnen geforderten Lohn erhöhungen abgelehnt und sind in den Ausstand getreten.

Berlin, 14. September. Nach der "Roten Fahne" sind die Versicherungsangestellten, das Pflegerpersonal der Krankenanstalten, die Angestellten der Postverwaltung und die Arbeiter der Schiffbauindustrie in Hamburg in den Ausstand getreten.

Der Völkerbund und die Wahl der Richter zum Internationalen Schiedsgerichtshof.

Genf, 14. September. Die Völkerbundversammlung trat heute zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Auf der Tagessitzung stand die Wahl der Richter des Internationalen Schiedsgerichtshofs. Um die Feierlichkeit des Tages herzuwenden, wurde beschlossen, daß während des Wahlganges die Debatte unterbrochen wird. Das Vorjahr für die Wahl der Richter des Internationalen Schiedsgerichtshofs verlangt, daß die Kandidaten in beiden Körperschaften die absolute Mehrheit erhalten, daß Völkerbundrat und Völkerbundversammlung aber in getrennten Sitzungen abstimmen. Drei Wahlgänge sind notwendig, um die angegebene Richterzahl zu erhalten. Um 11 Uhr 20 Min. wurde unter großer Spannung der Versammlung das Ergebnis des ersten Wahlganges verkündet, an dem Vertreter von 42 Staaten teilgenommen haben. Es erhielten Alumaria (Spanien) 23, Adorve (Chile) 24, Anglotti (Italien) 24, Barboza (Brasilien) 28, Bustamante (Kuba) 26, Finlay (Großbritannien) 29, Todor (Niederlande) 24, Oba (Japan) 29 und Weiß (Frankreich) 30 Stimmen. Diese Kandidaten haben das absolute Mehr erreicht und sind somit als Mitglieder des Internationalen Gerichtshofes gewählt, unter der Voraussetzung, daß sie auch die Mehrheit der Stimmen im Völkerbundrat erhalten. Es sind nun noch zwei Mitglieder des Internationalen Gerichtshofs zu wählen. Es erhielten Huber (Schweiz) 14, Borel (Schweiz) 8, Desamps (Belgien) 13, Borden (Spanien) 12, Ryholm (Dänemark) 11, Moore (Vereinigte Staaten) 21, Regulescu (Rumänien) 6 Stimmen. Moore (Vereinigte Staaten) ist somit gewählt. Beim dritten Wahlgange für die Wahl des ersten Richters erhielten Regulescu 19, Huber 15, Desamps 2, Borden 3, Hammerichold 1 und Ryholm 1 Stimme. Da kein Ergebnis zu die Polizeiaktion gewünscht. Er habe ihre Verabsiedlung gewünscht, damit kostbare Verhandlungen getroffen werden können. Der Minister habe nicht an den Ausbruch eines Aufstandes geglaubt. Die privaten Nachrichten hätten die Bevölkerung sehr beeindruckt. Wenn ein roter Kriegsplan in der "Deutschen Tageszeitung" erschienen sei, so sei er ein paar Tage lang laut, weil dann das Telefon längste. Beweise dagegen könne er leider nicht geben. Vor allem entsthele die Gefahr, daß man nicht mehr Sicherheit von Unbekannt unterscheiden könne. Die Leiter der Magdeburger Spieldenkästen seien ihm lange bekannt gewesen. Der eine war ein Demokrat. Von Rechtskampfbefreiungen war dem Zeugen aus Mitteldeutschland nicht das geringste bekannt. Bei den Spieldenkästen sei eine Haushaltung vorgenommen worden, bei der sich falsche Dokumente fanden. Diese Deute, die sich als große Politiker ausspielten, seien jedem Schwindler auf. Es kann sein, daß sie guten Glaubens waren. Die kommunistische Partei habe auf Moskauer Befehl den Aufstand machen müssen, sei aber mit den Vorbereitungen noch nicht fertig gewesen.

Berlin, 14. September. Nach der "Roten Fahne" sind die Versicherungsangestellten, das Pflegerpersonal der Krankenanstalten, die Angestellten der Postverwaltung und die Arbeiter der Schiffbauindustrie in Hamburg in den Ausstand getreten.

Dresden, 15. September. Die Lohnbewegung der Angestellten im Friseurbereich wird für die Vereinigung der Arbeitnehmer mit der Organisation der Arbeitnehmer auf eine Gehaltsabrechnung von wöchentlich 25 M. bis 30 M. geöffnet. Bereitschaftslos ist dies.

Die Vorbereitung und Steigerung der allgemeinen Ge-

bstimmung müssen ab 15. September die Kosten für sämtliche Tapetierarbeiten erhöht werden.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 15. September.

* Der Rat genehmigte in seiner Sitzung vom vergangenen Dienstag den Anschluß des Biosewitzer Wasserröhrennetzes an das Netz der Dresdner Hauptwasserwerke und die Betriebsneinstellung im Biosewitzer Wasserwerk. Zur Herstellung von Anschlußleitungen wurden 116 000 M. aus dem Rücklagenfonds der Wasserwerke bewilligt. Ein Rehaufwand von 118829 M. für Beschaffung von Transformatoren und Schaltern für die Elektrizitätswerke und Nachbewilligung aus dem Rücklagenfonds der Elektrizitätswerke. Zur Erneuerung, Erweiterung und Verbesserung von Bahnstrecken und Betriebsanlagen der Straßenbahn wurden 1260 000 M. zu Kosten der Ansiedlung und 6906 800 M. aus dem Rücklagenfonds der Straßenbahn nach Ebersbach weise auf der Ansiedlung bewilligt. Durch Ausführungsbestimmungen zu § 15 der Landesverordnung über Wohnnahmen gegen Wohnungsmangel vom 6. Januar d. J. soll die Aufsicht über die gewerbähnliche Vermietung von Wohnhäusern durch private Wohnungsnachweise geregelt werden. Die Bestimmungen wurden nach eigenen Beobachtungen mitgeteilt. Seine Rechenschaftserklärungen ergänzte Dr. Krahl durch Erwähnung über die landschaftlichen, klimatischen, wirtschaftlichen, sozialen, zum Teil auch über die politischen Verhältnisse der von ihm bereisten Gegenden. Er ging von Colombo auf Ceylon aus, drang dann in die Tropenlandschaft des Innern mit den eingeborenen Dörfern ein, besuchte hierbei den berühmten Tropengarten zu Peradeniya und führte in die Tee- und Kummidiabum-Plantagen und Gartnereien der Insel. Von Ceylon ging die Reise nach Indien. Die eigenartigen Tempelbauten (Gopuras) wurden im Süden besichtigt, dann das alte Königsschloß Golconda und die Paläste des Sultans von Hyderabad. Straßenbilder aus Bombay, Ahmadabad und Jaipur wurden gezeigt, weiter der Höhentempel auf der Insel Elephanta bei Bombay und die Tempel und Moscheen zu Ahmadabad und Mt. Abu. Weiter die Marmorsäulen in indomaurischem Stil in Delhi und Agra, die großen Moscheen der Welt in Delhi, die Ruinenfelder von Al-Delhi über Indrapuram und den Taj Mahal zu Agra (Mausoleum des Schah Jahan I.). Hochgebirgsseen aus dem Himalaja mit dem Gauri-Sankar bildeten den Schluss der Reise, die außer dem Lande der besuchten Gegenden auch die Bewohner kennen lernen ließ. Es wurde das Treiben der indischen Gauner und Schlangenbeschwörer geschildert, Rassentypen Singhalesischer, tamulischer und malaiischer Nächte, Halice oder indische Küster, Rajadheren und die religiösen Hindupilger in Benares und am heiligen Ganges vorgeführt.

* Die Verwendung von doppelseitigen Signalpfeilen, die den von den Polizeibeamten im Dienst benutzten gleich oder auffallend ähnlich fließen, durch Privatpersonen hat immer mehr überhandgenommen. Das Polizeipräsidium macht darauf aufmerksam, daß die Verwendung derartiger Pfeile durch Privatpersonen krasse Strafe. In Zukunft wird außerdem die Begegnung der Pfeile erfolgen.

* Die vom sächsischen Staate als Kleinstentnahmehilfe bereitgestellten 5 000 000 M. werden nach folgenden Grundsätzen verteilt:

1. Die Beihilfe wird nur auf Antrag gewährt.
2. Antragberechtigt sind nur solche Kleinstentnahmehilfen, die im Deutschen Reich haftungslos sind, am 1. Dezember 1920 in Sachsen bereits ihren Wohnsitz gehabt haben, das 60. Lebensjahr (bei alleinstehenden Frauen das 50.) überschritten haben oder vollständig erwerbsfähig sind, von keinem anderen öffentlichen oder privaten Seite laufende Bezüge in Geld oder Lebensbedarf erhalten (z. B. Alltags-, Militärverpflegungs-, Sozialrenten, Pensionen, Unterhaltsbeiträge, Stiftungsmittel), im Kalenderjahr 1920 nicht mehr als 2500 M. (Ehepaare 4000 M.) Einkommen und Kapital oder Grundbesitz gehabt haben. 3. Entzüge auf Nachbewilligung der Beihilfe sind für den Stadtbaurat Dresden bei der für die Wohnung des Arbeitnehmers zuständigen Kreisstelle des Fürsorgeamtes mit bis zu 2500 M. unter Bezugnahme des vorgeschriebenen Vorbruchs A, der in der Kreisstelle ausgehändigt wird, einzureichen. Der Einwohnerchein ist bei der Abgabe des Vorbruchs vorzulegen. Verjährte eingehende Ansprüche können nicht berücksichtigt werden.

Über den Zeitpunkt der Auszahlung der Beihilfe wird noch Rücksicht beobachtet. * Beim Zentralarbeitsnachweis wurde eine Fachabteilung für Männer und Frauen eingerichtet. Die Fachabteilung ist zuständig für die Vermittlung von Arbeitsplätzen beiderlei Geschlechts für die Bäckerei, Fleischerei, Konditorei sowie für die Kell-, Waffel-, Zwieback-, Honig-, Lebkuchen-, Spekulatius-, Brötchen-, Oblaten-, Keksen-, Butterkuchen-, Marzipan-, Teigwaren-, Käse-, Käsekuchen-, Schokoladen-, Teigwaren-, Marmelade-, Kunkhoni- und Schäfchen-Industrie. Geschäftsstelle: Marienstraße 17, Telefon: 25881. Vermittlungszeit täglich von 10 bis 12 Uhr und von 10 bis 11 Uhr weibliche, 11 bis 12 Uhr männliche Abteilung. Der bisher beim Verband der Bäcker und Konditoren bestehende Arbeitsnachweis wurde eingekettet. Die Vermittlung erfolgt durch einen Fachmann.

* Wie im vorigen Jahre, so veranstaltet die Dresdner Stadtmision auch in diesem Jahre ein Vollmassionsfest in ihrem Bethlehemstift auf dem Ungerberg in Neustadt in Sachsen, und zwar Sonntag, den 18. September. Nachmittags findet zunächst eine religiöse Ansprache für die Einwohner des Bethlehemstifts statt. Die Beerdigung unserer kleinen Baulichkeiten ist der Siedlungsbegriff von großer Wichtigkeit. Die Siedlungsbewegung darf nicht einzigst als materiell eingehakt werden, ihr müssen auch ethisch-kulturelle Gesichtspunkte inne. Gerade sie vertragen dem Siedlungsbegriff bleibenden Wert. Soziologisch wichtig ist, daß die Siedlungspolitik das Heranziehen eines neuen Mittelstands gerade bei derjenigen Schicht ermöglicht, die durch den Umsturz wirtschaftlich am meisten geschwächt worden ist. Die bisherige Trotzlosigkeit des Proletariats wird durch die in der Siedlung liegende Aufstiegsmöglichkeit abgeschwächt und damit wesentlich zum Teil ein Ausgleich der sozialen Spannungen herbeigeführt. Siedlungspolitik bedeutet gleichzeitig Belämmung der Wohnungsknot. Dem Einwohner, daß der Aufbau auf Land für Sachen mit seiner Weihnachtsmesse, die von der Ausstellungsgesellschaft im Dogenber in der Dresdner Kaufmannschaft veranstaltet wird, sicherten. Es ist allgemein zu wünschen, daß die Bestrebungen der Gesellschaft von der Industrie und den Gewerbetreibenden unterstützt werden, insbesondere schon deshalb, weil zu den Ausstellungen nur Qualität und Arbeit zugelassen wird. Die Aussteller der

Kleinmöbel-, Koch- und Kunstgewerbeschau haben sich bereit erklärt, ihre Erfahrungen und Ansichten über die Beteiligung Interessenten auf Wunsch mitzuteilen.

* Der Reisejournalist Dr. Dr. Krahl gibt gegenwärtig an drei Abenden im Saale des Künstlerhauses "Reiseplaudereien", deren erste gestern abend über "Das Tropenparadies von Ceylon und das Wunderland Indien" stattfand. Die Absicht des Redners war, nicht einen trocken gelegten Stoff zu bieten, sondern eine abwechslungsreiche Schilderung, bei welcher der Zuschauer ähnlich wie beim Kinospiel fortlaufend im Bildschirm miterlebt, was ihm im Worte vorgetragen wird. Eine große Anzahl schöner und lebenswertes Bilder nach eigenen Aufnahmen wurde vorgeführt, aber als Plauderei fehlt den Ausführungen des Sprechers die nötige Frische und Lebendigkeit. Inhaltlich wurde viel Menschen- und Wissenswertes nach guten und scharfen Beobachtungen mitgeteilt. Seine Rechenschaftserklärungen ergänzte Dr. Krahl durch Erwähnung über die landschaftlichen, klimatischen, wirtschaftlichen, sozialen, zum Teil auch über die politischen Verhältnisse der von ihm bereisten Gegenden. Er ging von Colombo auf Ceylon aus, drang dann in die Tropenlandschaft des Innern mit den eingeborenen Dörfern ein, besuchte hierbei den berühmten Tropengarten zu Peradeniya und führte in die Tee- und Kummidiabum-Plantagen und Gartnereien der Insel. Von Ceylon ging die Reise nach Indien. Die eigenartigen Tempelbauten (Gopuras) wurden im Süden besichtigt, dann das alte Königsschloß Golconda und die Paläste des Sultans von Hyderabad. Straßenbilder aus Bombay, Ahmadabad und Jaipur wurden gezeigt, weiter der Höhentempel auf der Insel Elephanta bei Bombay und die Tempel und Moscheen zu Ahmadabad und Mt. Abu. Weiter die Marmorsäulen in indomaurischem Stil in Delhi und Agra, die großen Moscheen der Welt in Delhi, die Ruinenfelder von Al-Delhi über Indrapuram und den Taj Mahal zu Agra (Mausoleum des Schah Jahan I.). Hochgebirgsseen aus dem Himalaja mit dem Gauri-Sankar bildeten den Schluss der Reise, die außer dem Lande der besuchten Gegenden auch die Bewohner kennen lernen ließ. Es wurde das Treiben der indischen Gauner und Schlangenbeschwörer geschildert, Rassentypen Singhalesischer, tamulischer und malaiischer Nächte, Halice oder indische Küster, Rajadheren und die religiösen Hindupilger in Benares und am heiligen Ganges vorgeführt.

Uebertragung der Verhältnisse auf dem Bauausschusse die unzureichende Regelung der Bauaufzugszulässe verhängnisvoll auf die Siedelungsarbeit einwirkt. Die sächsische Regierung hatte sich wiederholt für eine Erhöhung des Einheitszuges bei der Reichsregierung eingesetzt, erreichte jedoch erst ausgangs des Sommers für Ausnahmefälle eine Verbesserung, während eine Verbesserung für sächsische Verhältnisse als das geringste angesprochen werden mußte, um einen Bau beginnen zu können. Infolgedessen stellte sie im Jahre 1920 insgesamt 90 Mill. M. für Siedlungswege zur Verfügung. Erst die Bereitstellung von Landesmitteln für die Bauaktivitäten brachte auch eine Belebung des Geschäftsganges bei der Landes-Siedlungsgeellschaft mit sich, der im Frühjahr 1920 seinen Tiefstand erreicht hatte. Die Entwicklung der Landes-Siedlungsgeellschaft im verflossenen Geschäftsjahre läßt sich dahin kennzeichnen: im Mittelpunkt blieb noch wie vor das Finanzierungsgeschäft. Zum erstenmal wurde eigene Haftpflicht aufgenommen. Auch die zentrale Baukostenbeschaffung erfuhr eine erhebliche Erweiterung, namentlich durch Übernahme eines umfangreichen Holzgeschäfts mit dem Staatsforst, der 20000 Hektaren aus sächsischen Waldungen für die gemeinnützige Bautätigkeit zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt hatte. Im ganzen kann gezeigt werden, daß das Jahr 1920 für die Entwicklung der Landes-Siedlungsgeellschaft einen erheblichen Schritt vorauswärts bedeutete.

Der Bericht gibt weiter Mitteilungen über die einzelnen Geschäftszweige, über die Landbeschaffung, die Durchführung des Reichssiedlungsgesetzes, die Kreditgewährung, die Bautätigkeit, die Baukostenbeschaffung und die finanzielle Lage der Landes-Siedlungsgeellschaft.

Leipzig. Der Rat der Stadt Leipzig beschloß, an Tenerungszulagen für höhere Beamte, Angestellte, Lehrkräfte höherer Schulen, Ruhegehaltsempfänger, Straßenbahngesellen usw. weitere 22 Mill. M. mit Wirkung vom 1. August jährlich zu bewilligen. Für die Zeit vom 1. August 1921 bis zum 31. März 1922 betragen die Mehrkosten rund 15 Mill. M., wofür Gedungsmittel nicht vorhanden sind.

Der Rat beschloß, ein Amt für körperliche Erziehung unter Beirodung eines aus 16 Vertretern aller beteiligten Kreise zusammen gesetzten gemischten Ausschusses zu schaffen, und die erforderlichen Mittel in Höhe von rund 12000 M. für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. März 1922 zu bewilligen.

Chemnitz. Der Sächsische Hotelbesitzerverband hält am Dienstag und Mittwoch im Corolla-Hotel zu Chemnitz seine 4. Hauptversammlung ab. Verbandsvorsitzender Müller-Grimmischau konnte bei der Eröffnung der Tagung u. a. Oberbürgermeister Dr. Häubschmann, die Syndikat der Handels- und der Gewerbeämter Chemnitz, den Syndikus Dr. Knapmann-Düsseldorf vom Verband der Hotelbesitzer Deutschlands, Dr. Jäger vom Sächsischen Verkehrsverband und Vertreter anderer Wirtschaftsorganisationen als Ehrengäste begrüßen. Dem durch den Tod abgerufenen Vorsitzenden der vogtländischen Ortsgruppe, Vogland-Plauen, widmete er einen warmen Nachruf. Nach verschiedenen Ansprachen erhielt der Verbandsvorsitzende den Jahresbericht und Bücherbericht Bachmeier-Leipzig den Kostenbericht. Der Vorstand wurde entlastet. Der Haushaltplan 1921/1922 wurde genehmigt. Dann sprach Dr. Knapmann über die Preispolitik im Hotelgewerbe, Bücherbericht Bachmeier über die Einkommensteuer, Syndikus Senf über die Belastung des Hotelgewerbes durch die Umsatzsteuer. Am Mittwoch folgten dann noch Vorträge über die Fremdenhof-Wohnsteuer (Dr. Jäger), über Versicherungsfragen (Syndikus Senf), über Arbeitnehmerfragen (Direktor Andrae-Chemnitz), über Organisationsfragen (der Vorsitzende), über Meldepausen im Hotelgewerbe (Direktor Kohn-Dresden) und über die Bereitung des Hotelgewerbes in den Handelskammern (Syndikus Schumann-Chemnitz). Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurden mit einer Ausnahme wiedergewählt. Zur Abhaltung der nächsten Jahresversammlung wurden die Städte Plauen, Aue, Schandau und Oberwiesenthal vorgeschlagen. Dem Vorstand wurde die Auswahl unter diesen Orten überlassen.

Auerbach. In der sächsischen Weißwaren-, Industrie- und Haushaltungsschule zu Auerbach haben sich 64 Tageschülerinnen und 84 Abendschülerinnen für die Winterkurse angemeldet. Eine so große Anmeldung ist noch nicht dagewesen.

Dörf. Die sächsischen Kollegien zu Dörf. i. Vogtl. seien die Stelen für Wanderräder, die bisher 200 M. betrug, auf 2000 M. jährlich fest.

Werdau. Im Monat August wurden im Werdauer Bezirk (einschließlich Werdau und Grimmaischau) 91 348,08 M. für Erwerbslosenunterstützungen verausgabt. Von Monat zu Monat geht die Ausgabe zurück. Seit dem höchsten Stand der Ausgabe im Monat August dieses Jahres mit 280 335 M. beträgt im Monat August die weniger gehabte Ausgabe rund 185 000 M. Selbstverständlich hat sich auch die Zahl der Unterstützungsberichtigten ganz wesentlich verringert.

Lengenfeld. Der Gemeinderat zu Lengenfeld bei Werdau hat die Einführung einer Wassermeisterei von 1,50 M. für jedes Haus beschlossen. Dafür sollen die neuerdings beträchtlich gepliegen Kosten der Reparaturen der Wassermesser nicht mehr vom Haushalter eingehoben, sondern aus dem Wasserwerksfonds der Gemeinde bezahlt werden.

Hainichen. Die Handelschule zu Hainichen erweitert die bisherigen landwirtschaftlichen Buchführungs-kurse zu einer selbständigen landwirtschaftlichen Abteilung für sozibildungsfähige

Söhne und Töchter von Landwirten und für Schwangere.

Geyer. Die hiesige Gemeinde- und Privat-Beamschule rüstet zur Feier ihres dreißigjährigen Bestehens, die am 15. und 16. Oktober begangen werden soll und an der zahlreiche ehemalige Schüler teilnehmen werden. Die Festordnung ist schon jetzt von der Schulleitung zu haben.

Tageschronik.

Delitzsch. 14. September. Zu Unterrichtsbeginn brannten die Schüle der Gutsbesitzer Haller und Schüler sowie eine Scheune eines dritten Anwesens nieder. Es wird Brandstiftung vermutet.

Leisnitz. 14. September. Ein Einwohner hat angezeigt, daß er auf der Staatsstraße Leisnitz-Hof auf bayerischem Gebiete durch drei Männer überfallen wurde. Aus seiner Brieftasche wurden ihm 12 000 M. gekaut.

Görlitz. 14. September. Die riesigen Unter-schläge von Stempelmarken aus dem hiesigen Hauptpolizeiamt haben ihre Auflösung gefunden. Als Täter wurde der Oberzollinspektor Semper, ein langjähriger Beamter des Hauptzollamtes ermittelt, der in seiner Eigenschaft jederzeit zu den Stempelmarkenfächern Zugrit hatte. Bei seiner Vernehmung hat er angegeben, daß er die Unterschlagung schon 5 bis 6 Jahre betrieben habe, und zwar infolge Not und Krankheit in seiner Familie. Der Wert der unterschlagenen Marken erreicht nahezu die Summe von 800 000 M., doch will Semper sich nur für 30 000 M. widerrechtlich angeklagt haben. In seiner Wohnung wurde ein Geldbetrag von 12 000 M. beschlagnahmt. Die unterschlagenen Marken hat er im regelrechten Geschäftswelche umgesetzt.

Hamburg. 15. September. Im Zoologischen Garten zu Hamburg wurde einem Knaben, der einem Värendzinger zu nahe gekommen war, von einem Vären ein Arm zerstört, sodass er abgenommen werden mußte. Das Kind ist gestorben.

Stuttgart. 14. September. Die Führer des deutschen Protestantismus, Vertreter aller deutscher evangelischen Landeskirchen, der liturgischen Vereine, der evangelischen Liebtschaften, der theologischen Fakultäten und der Religionslehrer haben sich in Stuttgart zum zweiten evangelischen Kirchentag vereinigt. Auch Vertreter des außerdeutschen Protestantismus (Standorten) und des nicht zum Reich gehörigen evangelischen Deutschlands (Österreich, Westland, Tschecho-Slowakei, Siebenbürgen) nehmen an der bedeutamten Tagung teil. Einige der Gäste, hervorragende Konzertredner, haben am Sonntag vormittag mehrere Stuttgart-Gemeinden gepredigt. Die Verhandlungen begannen am Montag im Vereinshaus des Christlichen Vereins junger Männer. Der bisherige Vorsitzende des Kirchentages, Dr. Möller, Präsident des preußischen Oberkirchentals und des deutschen evangelischen Kirchenausschusses, eröffnete die Versammlung mit einem Hinweis auf die Arbeiten des ersten Kirchentages und einem Überblick über den hochbedeutenden Arbeitsplan des zweiten. Zum Präsidenten des zweiten Kirchentages wurde darauf Dr. Wilhelm Zehr. v. Pechmann, Dr. der Bayerischen Handelsbank, Präsident der Bayrischen Landeskirche, gewählt. Im Namen des württembergischen Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens begrüßt Johann Minister Dr. Hieber die Tagung, im Namen der Stadtverwaltung Oberbürgermeister Lautenschläger, im Namen des württembergischen Konkordats Präsident Dr. v. Beller. Die Verhandlungen werden sich nun dem Hauptgegenstand der Tagung, dem Entwurf der Verfassung eines deutschen Kirchenbundes, zuwenden.

London. 14. September. „Daily Telegraph“ berichtet aus San Antonio (Texas): bisher wurden 100 Leichen an den Ufern des San Gabriele gelandet. Die Handelskammer von San Antonio schätzt den durch die Überflutung entstandenen Schaden auf 8 Millionen.

„Inhalt“ ist eine so herliche Blüte neuerster Sprachentwicklung, daß es unverantwortlich wäre, an ihr ohne Beachtung vorüberzugehen und ihr erstes Gedanken nicht geschicklich festzulegen. Man weiß nur nicht, meint die „Chemnitzer Tägliche Rundschau“ sehr hübsch dazu, ob es sich hier um eine Aufklärung kontrolliertener Jugend oder einen Scherz reiseren papierdeutschen Alters handelt. Oder sollten diesen Wortschänder die klingenden Erfolge harden Sprachtypslandes nicht geruhigst haben? Jedemfalls sei er hiermit würdig bedankt!

Theater, Konzerte, Vorträge.

• Mitteilung der Sächsischen Staatsoper. Opernhaus Freitag, 16. Sept., Ließland. Sebastian-Robert Burg; Maria-Eva Blaschke-v. der Osten; Kurt-Angela Kroll; Pedro-Fritz Bogelstrom. Musikalische Leitung: Kurt Striegler. Spielleitung: Georg Toller. Anfang 1/2 Uhr.

Sonntags, 17. September, „Rigoletto“. Herzog-Tino Botticelli; Rigoletto-Robert Burg; Gilda-Liesel v. Schuch; Sparafucile-Johannes Bottig; Maddalena-Jema Terwam; Monterone-Au-dolf Schmalzowet. Musikalische Leitung: Kurt Striegler. Spielleitung: Georg Hartmann. Anfang 1/2 Uhr.

Neustädter Schauspielhaus. Morgen, Freitag, zum erstenmal: „König Nicolo“ oder „So ist das Leben“, Schauspiel in acht Bildern und einem Prolog von Frank Wedekind. König Nicolo-Werner Kusnel, Prinzessin

Alma-Trude Spolle, Pietro Goldi-Walter Neumann, ehemaliger Theaterbesitzer Albert Willi. Die Bühneneinrichtung wurde vom Spielerleiter Direktor Willi ausgearbeitet; sie benutzt die Ausstellungen Wedekinds, fügt aber — den Bühnengröße des Neustädter Schauspielhauses Rechnung tragend — die einzelnen Bilder in einen symbolischen Rahmen. Die Entwürfe für die Bühnenbilder und Trachten kommen von Prof. Krichner in München. Vorverkauf täglich von 10 bis 2 Uhr und ab 5 Uhr an der Theatertafel, sowie im Invalidendom, Konzertdirektion F. Ries und Residenz-Kaufhaus.

* Morgen, Freitag, 16.9 Uhr, im Vereinshaus Lanzabend Mary Wigman.

* Volkshochschule. Fünfte Wanderung mit Johannes Hindrich: Sonntag, den 18. September. Treffen 1/2 Uhr am Neustädter Bahnhof. Abfahrt: 8 Uhr 1 Min. nach Radeberg (Wanderung durch Röderital). — Die drei letzten Wanderungen mit Dr. Kurt Schumacher (Kortenseen) finden statt: Sonntag, den 18. September. Treffen 6 Uhr 40 Min. im Neustädter Bahnhof vor der Buchhandlung; Sonntag, den 25. September. Treffen: ebenfalls 6 Uhr 40 Min. im Neustädter Bahnhof; Sonntag, den 2. Oktober. Treffen: 7 Uhr 40 Min. im Neustädter Bahnhof. — Bierte Gruppe der Wanderungen mit Ernst Hörisch: 1. Mittwoch, den 21. September: abends 1/2 Uhr ab Rathaus Plauen. Ziel: Röderns Höhe, Göstritz. 2. Sonntag, den 25. September: abends 1/2 Uhr ab Bildner Mann. Ziel: Buchholz, 3. Freitag, den 30. September: abends 1/2 Uhr ab Wölmis (Endpunkt der Linie 7). Ziel: Rößel. 4. Mittwoch, den 5. Oktober: abends 1/2 Uhr ab Kemnitz (Endpunkt Talstraße der Linie 19). Ziel: Schönere Mühle. 5. Sonntag, den 16. Oktober: früh 8 Uhr ab Zschopau (Körnerplatz). Ziel: Hinterer Wachberg, Hohenberg, Radebeul. — Zu Mittelpunkt dieser Arbeitsgemeinschaft steht Gottfried Kellers Roman: „Der grüne Heinrich“. Anmeldungen hierzu in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5, I. (Preis der Karten: 10 M. für alle fünf Wanderungen.)

Kindergärtnerin zur Zeitung des Kinderheims für 15. Oktober gefügt. Bekündigung nach Gruppe II der staatl. Befreiungsbewilligung, vorläufig noch Oberschule C. Bewerbungsabsicht mit Bezeugnissen bis zum 28. September erbeten.

Stadtrat Marienberg.

Stadtbauteile.

In hiesiger Stadt soll die Stelle des Stadtbaurats sofort neu besetzt werden. Die Beförderung erfolgt nach Gruppe XI der staatlichen Grundstücks-Bewerber mit abgeschlossener Hochschulbildung, die besonders im Hochbau und in der Betreuung eines Wasserwertes Erfahrungen haben und einer größeren Stadtbauverwaltung selbstständig vorliefern können, wollen ihre Berufe nebst Zeugnissen bis zum 3. Oktober d. J. hierbei eintreten. Persönliche Vorstellung zunächst nicht erwünscht.

Stadtrat Reichenbach (Vogtland). 14. Sept. 1921.

Hilfsarbeiter für die Spar- und Giro-tafé gefügt. Befreiung nach Gr. 4. Okt. vorläufig D. Antritt möglichst 1. Oktober. Bewerbungen mit Unterlagen umgehend an

Stadtrat Waldenburg (Sachsen).

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.

Bei den heute stattgefundenen notariellen Auslösung von 3 1/2 % Pfandbriefen Serie XIV unserer Antalt sind folgende zur Rückzahlung am 1. Oktober 1921 genossen worden:

Lit. AA zu 5000 Mark: Nr. 164

Lit. A zu 1000 Mark: Nr. 125, 226, 547.

Der Nominalbetrag dieser Pfandbriefe kann gegen Einlieferung derselben und der dazugehörigen Zuschüsse vom 1. Oktober 1921 ab bei unserer Antalt, Brühl 75/77, bei unseren sämtlichen Filialen, Depotsatzen und sonstigen Zahlstellen

in Empfang genommen werden.

Bekannter früher gelöster Pfandbriefe:

Lit. AA zu 1000 Mark: Nr. 641

Lit. B zu 500 Mark: Nr. 243.

Leipzig, den 21. März 1921.

1921

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.

Petersen. Dr. Schön.

Siegelmarken

für Staats-, Stadts- u. Gemeindebehörde m. Staats-, Stadt- und Gemeindewappen oder Ge-meindesiegeln billig

Gebr. Ziegner, Zwickau-Dresden.

Residenztheater.

Schauspiel Maria Neuhausen (Neustädter Schauspielhaus Dresden) u. a.:

Japhetstreich. Anfang 1/2 Uhr.

Ende gegen 1/2 10 Uhr.

Sonnabend: Dieselbe Vorstellung.

Zentraltheater.

Die Langenstraße. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Sonnabend: Dieselbe Vorstellung.

Historiatheater.

Täglich: Schauspiel Paul Beders. Anfang 1/2 Uhr.

Ende nach 1/2 10 Uhr.

Wasserstände der Elbe und Moldau.

Unterwasserstand: Bratislava-Metall-Betriebserhaltung Dresden

14. Sept.-22 -50 -53 +22 +54 -70 -221

15. Sept.-20 -78 -54 +19 +60 -77 -217

Mittwoch der Elbe 17 Grad C.

Wetterbericht der Landeswetterwarte zu Dresden.

Wettertelegramm vom 15. September 7 Uhr folgt.

Wetterbericht der Landeswetterwarte zu Dresden.

Wettertelegramm vom 7. September 1 Uhr folgt.

Station	Zeit	Temp. geben		Beschreibungen Sonnabend 7 Uhr	
		Min.	Max.	Wind.	Wol.
Dresden	110	12,6	28,2	4,0	15,2
Leipzig	110	18,0	39,0	1	

Amtlicher Teil.

Zuckerfärterei Reihe 21.

Die Gültigkeit der Zuckerfärterei Reihe 21 endet mit dem 17. September 1921.

Die Bezugsausweise dieser Reihe waren laut Bekanntmachung vom 25. Mai 1921 (Sächsische Staatszeitung vom 26. Mai 1921 Nr. 119) von den Kleinhändlern spätestens 14 Tage nach Einführung an die Lieferanten weiterzugeben. Sollten nach dieser Verordnung irrtümlicherweise noch Bezugsausweise der Reihe 21 sich in den Händen der Kleinhändler befinden, so sind sie gleichzeitig mit den Bezugsausweisen und Ergänzungsausweisen der Reihe 21 spätestens bis zu nachstehend angegebenen Terminen abzuliefern, umso zwar:

seitens der Kleinhändler an die Zwischengrosshändler bis zum 29. September 1921,

seitens der Zwischengrosshändler an die der Zuckerverteilungsstelle angehörenden Grosshändler bis zum 25. September 1921,

seitens der Grosshändler an die Zuckerverteilungsstelle bis zum 30. September 1921.

Dresden, den 14. September 1921. 5002
Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt.

Zuckerversorgung.

Mit dem 15. ds. Ms. treten nach Abschaffung des Bezeichnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über Zucker usw. vom 31. 8. 1921 — RGBl. S. 1253 — die Verordnung über den Becht mit Zucker vom 30. 9. 1920 — RGBl. S. 1719 — und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 8. 10. 1920 — RGBl. S. 1728 — außer Kraft.

Hinzu tritt nach Ablauf der jetzt laufenden Zuckerfärterei Reihe 21 — d. i. nach dem 17. ds. Ms. — eine Verteilung von Zucker aus der öffentlichen Hand nicht mehr statt. Es bleibt jedoch verboten, Zucker aus der Ernte 1920 ohne Marken abzugeben. Die beim Handel noch befindlichen Bestände sind nur zur Belieferung der laufenden Zuckerfärterei zu verwenden, soweit Ansprüche darauf noch bestehen. Die Inhaber derartiger Karton haben bei Vermeidung des Ausschlusses bis 17. ds. Ms. ihre Ansprüche geltend zu machen. Über etwaige Restbestände beim Handel bleibt der Zuckerverteilungsstelle vorbehalten, im Ausgleichsverfahren zu versorgen. 493aV LA 1c

Um übrigens hat sich die Aufgabe der Zuckerverteilungsstelle, an der Zuckerversorgung der höchsten Bevölkerung mitzuwirken, nunmehr erledigt.

Dresden, am 14. September 1921. 5003
Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt.

Mit Genehmigung des Ministeriums des Innern werden nach dem Beschluss des Verwaltungsausschusses für Gebäudeversicherung am Herbsttag 1921

bei der Abteilung für Gebäudeversicherung 6 Pfennige für die Einheit als Versicherungsbetrag erhoben.

Wegen der mit der Durchführung des Gesetzes vom 18. März 1921 verbundenen umfanglichen Arbeiten ist eine rechtzeitige Fertigstellung der Regelungen der Gebäudeversicherungs-Abteilung nicht möglich. Es wird daher für diese Abteilung der diesjährige Oktobertermin auf den 1. November d. J. verlegt.

5022
Für die Mobilien-Versicherungs-Abteilung werden die Versicherungsbeiträge am 1. Oktober d. J. erhoben.

Dresden, 15. Sept. 1921. Brandversicherungskammer.

Öffentliche Sitzung des Kreisausschusses in Zwickau findet Donnerstag, den 22. Sept. 1921, nachm. 1/2 Uhr im oberen Sitzungssaal des Dienstgebäudes, Regierungssitz 9, statt. 5004

Zwickau, 14. Sept. 1921. Der Kreishauptmann.

Der Kaufmann Jacob Rohn in Leipzig, Jonasstraße 7 — Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Strelitz u. Tschöpik in Leipzig — liegt gegen die Kaufleute Nathan Frankel und Max Frankel, Inhaber der Firma Frankel & Co., früher in Wahren bei Leipzig, jetzt unbestandenen Außenhandelsauftrag auf Grund der Beauftragung, daß die beiden Bevollmächtigten als Inhaber der offenen Handelsgesellschaft Frankel & Co. in Wahren bei Leipzig dem Kläger als Geschäftspartner für einen von der Firma Frankel & Co. akzeptierten Wechsel über 40000 M. vom 19. Februar 1920, fällig am 2. Mai 1921 und am 4. Mai 1921 mangels Zahlung protestiert, den Betrag von 40000 Mark schuldeten, mit dem Klage, die Bevollmächtigten als Geschäftspartner zu verurteilen.

1. an den Kläger 40000 Mark nebst 6 % Zinsen seit dem 2. Mai 1921 zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits einschließlich der des Arrestverfahrens zu tragen.

2. das Urteil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Der Kläger lädt die Bevollmächtigten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 7. Kammer für Handelsgerichts des Landgerichts zu Leipzig auf den 24. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr mit der Aufsichtserbung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Leipzig, den 9. Juli 1921. 3906
Der Rechtsanwalt des Landgerichts Leipzig.

Die Firma Dampfmühle Dresden, Hermann Zimmermann bestehenden Blatt 421 eingetragen worden: Die Firma lautet fünftig: Meierei Kretzschmar, Hermann Zimmermann. Der Ort der Niederlassung ist Dresden, fünftig Ortsteil der Stadt Kreischa, 4999 Amtsgericht Zwickau, den 10. September 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 16664: Die offene Handelsgesellschaft A. Lange & So. Fabrikation von Fleischwaren in Dresden. Gesellschafter sind die Kaufleute Karl Arthur Lange, Friedrich Bruno Paul Strahner und Kurt Richard Strahner, sämtlich in Dresden. Die Gesellschaft hat am 29. August 1921 begonnen. (Geschäftsraum: Münchner Str. 24);

7. auf Blatt 15731, betr. die Firma Zigarettenfabrik "Ebel" Albin Ebel in Dresden: Die Pro-

fizie des Kaufmanns Anton Ebel ist durch dessen Tod erloschen.

6021
Amtsgericht Dresden, Abt. III, 14. September 1921.

Auf Blatt 10448 des Handelsregisters, betr. die Aktiengesellschaft Sch. & Co., Aktiengesellschaft in Dresden, ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 19. Mai 1921 hat beschlossen, das Grundkapital zu erhöhen um drei Millionen Mark, zerfallend in dreitausend auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien zu je eintausend Mark, die zum Kurs von 100 % ausgegeben werden sollen. Diese Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt nunmehr zwölf Millionen Mark und zerfällt in neuntausend auf den Inhaber lautende Stammmatrien und dreitausend auf den Inhaber lautende Stammmatrien und dreitausend auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien zu je eintausend Mark. Die Gesellschaft durch mindestens zwei Gesellschafter oder durch einen Gesellschafter und einen Prokurist vertreten. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Wilhelm Ederle in Charlottenburg. Prokura für die Zweigniederlassung Dresden ist erteilt dem Kaufmann Arno Hebenstreit in Dresden.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den "Deutschen Reichsanzeiger". (Geschäftsraum: Gabelsbergerstraße 20.)

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 14. September 1921.

Auf Blatt 1203 des Handelsregisters, die Firma Freiburger Kontrollflossen-Fabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiberg betr. ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Zum Liquidator ist bestellt der Fabrikbesitzer Traugott Reinhard Albert Berenstein in Freiberg. 5006

Amtsgericht Freiberg, am 14. September 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 20391 die Firma Josef Schöppi in Leipzig (Gitterstr. 21). Der Kaufmann Josef Schöppi in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Nachwarten und Pelzkonfektion sowie Kommissionen darin);

2. auf Blatt 20381 die Firma A. Uhl & Co. in Leipzig (Königstr. 69). Gesellschafter sind der Ingenieur Georg Albert Uhl in Leipzig und der Kommerzienrat Hans August Theodor von Bücher in Höhberg b. Wurzen. Die Gesellschaft ist am 18. Dezember 1919 errichtet. (Angegebener Geschäftszweig: Vertretung von Radierwerken);

3. auf Blatt 20382 die Firma Alfred Schmidt & Co. in Leipzig (Gutriegstr. 6). Gesellschafter sind die Kaufleute Alfred Egon Schmidt und Erich August Arno Bader, beide in Leipzig. Die Gesellschaft ist am 1. Juli 1921 errichtet. (Angegebener Geschäftszweig: Agentur- und Kommissionsgeschäft der Eisen-, Osen-, Gußwaren- und Baumaterialhandel);

4. auf Blatt 4631, betr. die Firma J. H. Mettel in Leipzig (Gutriegstr. 6). Heinrich Emil Mettel ist — infolge Ablebens — als Inhaber ausgeschieden. Bertha Charlotte Walli vertritt Mettel in Leipzig als Inhaberin;

5. auf Blatt 5872, betr. die Firma Julius Lenth in Leipzig; Die Prokura des Arno Robert Richard Wiedemann ist erloschen;

6. auf Blatt 16792, betr. die Firma Willi Schröder in Leipzig. Die Prokura des Friedrich Otto Lohmann ist erloschen;

7. auf Blatt 17138, betr. die Firma W. Paul Lamp, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 2. September 1921 laut Rotariatsprotokoll von diesem Tage im § 1 abgeändert worden. Die Firma lautet fünftig: Jäder Gesellschaft mit beschränkter Haftung Import, Fabrik u. Export von Rohstoffen;

8. auf Blatt 20031, betr. die Firma Sturm & Karsch Verlags-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Prokura ist erteilt dem Verlagsbuchhändler Martin Weigel in Leipzig. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Prokurrat vertreten;

9. auf den Blättern 10150 und 17993, betr. die Firmen Losche & Co. und Walter Reichel, beide in Leipzig: Die Firma ist erloschen;

10. auf Blatt 17941, betr. die Firma W. Schmeidler & Co. in Leipzig: Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen;

11. auf Blatt 20081, betr. die Firma Mitteldeutsche Bergbau-Zeitung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Zweigniederlassung Leipzig in Leipzig: Zweigniederlassung: Die Zweigniederlassung ist aufgegeben und die Firma hier erloschen.

5006
Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 13. September 1921.

Folgende im Grundbuche für Markneukirchen auf den Namen der Anna verm. Schreiber geb.

Dölling, des Bogenmachers Paul Carl Dölling, sämtlich in Markneukirchen, eingetragenen Grundstücke sollen

am 10. November 1921, vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle zum Zwecke der Auflösung des Miteigentums im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden:

1. Blatt 3774, nach dem Flurbuche 24, 42 groß, auf 1850 M. geschätzte, Feldgrundstück, gelegen auf dem sog. Weidigt, nordöstlich von dem nördlichen Ende der Schulstraße mit Zugang von der alten Wohlhäuser Straße aus;

2. Blatt 3774, nach dem Flurbuche 17,1 At groß, auf 1700 M. geschätzte, Wiesengrundstück, gelegen an der nördlichen Seite des Kreisbergs, angrenzend an das unter 3 genannte Wiesengrundstück mit der nördlichen Seite. Zugang von dem von der Elbacher Straße nach dem Kreisberg führenden Wirtschaftsweg. Nach Osten, Süden, Westen durch Zaun eingezäunt;

3. Blatt 2209, nach dem Flurbuche 13,6 At groß, auf 2200 M. geschätzte, Wiesengrundstück, gelegen an der nördlichen Seite des Kreisbergs, angrenzend an das Wohlhäuser Bach. Zugang wie bei dem Grundstück unter 2. Das Grundstück ist teilweise mit einem Zaun eingezäunt;

4. Blatt 3774, nach dem Flurbuche 24, 42 groß, auf 1850 M. geschätzte, Feldgrundstück, gelegen an der nördlichen Seite des Kreisbergs, an-

grenzend an das Wohlhäuser Bach. Zugang von dem nördlichen Ende der Schulstraße mit Zugang von der alten Wohlhäuser Straße aus;

5. Blatt 3774, nach dem Flurbuche 17,1 At groß, auf 1700 M. geschätzte, Wiesengrundstück, gelegen an der nördlichen Seite des Kreisbergs, an-

grenzend an das Wohlhäuser Bach. Zugang von dem nördlichen Ende der Schulstraße mit Zugang von der alten Wohlhäuser Straße aus;

6. Blatt 3774, nach dem Flurbuche 17,1 At groß, auf 1700 M. geschätzte, Wiesengrundstück, gelegen an der nördlichen Seite des Kreisbergs, an-

grenzend an das Wohlhäuser Bach. Zugang von dem nördlichen Ende der Schulstraße mit Zugang von der alten Wohlhäuser Straße aus;

7. Blatt 3774, nach dem Flurbuche 17,1 At groß, auf 1700 M. geschätzte, Wiesengrundstück, gelegen an der nördlichen Seite des Kreisbergs, an-

grenzend an das Wohlhäuser Bach. Zugang von dem nördlichen Ende der Schulstraße mit Zugang von der alten Wohlhäuser Straße aus;

8. Blatt 3774, nach dem Flurbuche 17,1 At groß, auf 1700 M. geschätzte, Wiesengrundstück, gelegen an der nördlichen Seite des Kreisbergs, an-

grenzend an das Wohlhäuser Bach. Zugang von dem nördlichen Ende der Schulstraße mit Zugang von der alten Wohlhäuser Straße aus;

9. Blatt 3774, nach dem Flurbuche 17,1 At groß, auf 1700 M. geschätzte, Wiesengrundstück, gelegen an der nördlichen Seite des Kreisbergs, an-

grenzend an das Wohlhäuser Bach. Zugang von dem nördlichen Ende der Schulstraße mit Zugang von der alten Wohlhäuser Straße aus;

10. Blatt 3774, nach dem Flurbuche 17,1 At groß, auf 1700 M. geschätzte, Wiesengrundstück, gelegen an der nördlichen Seite des Kreisbergs, an-

grenzend an das Wohlhäuser Bach. Zugang von dem nördlichen Ende der Schulstraße mit Zugang von der alten Wohlhäuser Straße aus;

11. Blatt 3774, nach dem Flurbuche 17,1 At groß, auf 1700 M. geschätzte, Wiesengrundstück, gelegen an der nördlichen Seite des Kreisbergs, an-

grenzend an das Wohlhäuser Bach. Zugang von dem nördlichen Ende der Schulstraße mit Zugang von der alten Wohlhäuser Straße aus;

12. Blatt 3774, nach dem Flurbuche 17,1 At groß, auf 1700 M. geschätzte, Wiesengrundstück, gelegen an der nördlichen Seite des Kreisbergs, an-

grenzend an das Wohlhäuser Bach. Zugang von dem nördlichen Ende der Schulstraße mit Zugang von der alten Wohlhäuser Straße aus;

13. Blatt 3774, nach dem Flurbuche 17,1 At groß, auf 1700 M. geschätzte, Wiesengrundstück, gelegen an der nördlichen Seite des Kreisbergs, an-

grenzend an das Wohlhäuser Bach. Zugang von dem nördlichen Ende der Schulstraße mit Zugang von der alten Wohlhäuser Straße aus;

14. Blatt 3774, nach dem Flurbuche 17,1 At groß, auf 1700 M. geschätzte, Wiesengrundstück, gelegen an der nördlichen Seite des Kreisbergs, an-

grenzend an das Wohlhäuser Bach. Zugang von dem nördlichen Ende der Schulstraße mit Zugang von der alten Wohlhäuser Straße aus;

15. Blatt 3774, nach dem Flurbuche 17,1 At groß, auf 1700 M. geschätzte, Wiesengrundstück, gelegen an der nördlichen Seite des Kreisbergs, an-

grenzend an das Wohlhäuser Bach. Zugang von dem nördlichen Ende der Schulstraße mit Zugang von der alten Wohlhäuser Straße aus;

16. Blatt 3774, nach dem Flurbuche 17,1 At groß, auf 1700 M. geschätzte, Wiesengrundstück, gelegen an der nördlichen Seite des Kreisbergs, an-

grenzend an das Wohlhäuser Bach. Zugang von dem nördlichen Ende der Schulstraße mit Zugang von der alten Wohlhäuser Straße aus;

17. Blatt 3774, nach dem Flurbuche 17,1 At groß, auf 1700 M. geschätzte, Wiesengrundstück, gelegen an der nördlichen Seite des Kreisbergs, an-

grenzend an das Wohlhäuser Bach. Zugang von dem nördlichen Ende der Schulstraße mit Zugang von der alten Wohlhäuser Straße aus;

18. Blatt 377

